

Miteinander leben

Das Zusammenleben der Kulturen in den Stadtteilen muss gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit Migranten muss verbessert werden. Kulturelle und künstlerische Projekte stärken Identität und Selbstvertrauen. Interkultureller und interreligiöser Dialog fördert den Abbau von Vorurteilen und Ängsten. Dazu bedarf es konkreter Projekte vor Ort (z.B. Stadtteilbüros, Stadtteilfeste, stadtteilorientierte Jugendarbeit). Durch sportliche und soziale Aktivitäten können Vorurteile überwunden und gegenseitige Akzeptanz aufgebaut werden. Das können, mit Unterstützung aus Politik und Migrantenverbänden, auch Vereine und soziale Einrichtungen leisten. Wichtig sind Ansprechpartner vor Ort sowie in den Behörden und in der Verwaltung. Dazu bedarf es der Einstellung von Migranten als Mitarbeiter der Verwaltung, in Krankenhäusern und bei der Polizei. Sie helfen Sprach- und Kulturbarrieren zu überwinden, haben Vorbildfunktion und fördern das Miteinander.



Gesellschaftlich nimmt zudem die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen, Lesben und Transgendern massiv zu, wie Studien und Alltagserfahrungen belegen. Auf die neue Welle von Homo- und Transphobie muss politisch offensiv reagiert werden. Intersexuelle Menschen und Transgender haben es besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden. Der gesellschaftliche Druck, sich eindeutig einem

Geschlecht zuzuordnen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz. Wir stellen uns gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern in unserer Stadt. Auch in Gladbeck gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Dazu gehört auch, junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu unterstützen und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich sind. Hierzu bedarf es der Unterstützung, auch finanzieller Art, von Vereinen wie SCHLAU Gladbeck durch die Stadt.

**Entschieden
gegen rechte
Hetze**

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Auch wenn Viele das noch immer nicht wahrhaben wollen: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Gerade in Gladbeck und den anderen Ruhrgebietsstädten ist das seit Jahrzehnten gelebte Tradition und hat unsere Stadt zu dem gemacht, was sie ist. Dieser Tatsache muss die Politik Rechnung tragen und vorsorgend aktiv werden. Der Diskriminierung von Menschen aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen, nationalen oder der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Sprache, der Religionszugehörigkeit oder politischen Überzeugung muss präventiv und aktiv entgegengewirkt werden. DIE LINKE sieht die Integration dieser Menschen als große Aufgabe, die mit aller Priorität wahrgenommen wird. Ebenso steht sie für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

Gladbeck wird zunehmend Aktionsgebiet für die neuen Rechten. DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander aller Menschen.

Diskriminierendes Gedankengut rassistischer oder sozial- und gesellschaftspolitischer Art kommt jedoch querbeet in unserer ganzen Stadt vor.

Gerade in den jetzigen krisenhaften Zeiten muss den Versuchen rechtsradikaler Kräfte, daraus Kapital zu schlagen und die Gesellschaft mit Ihren menschenverachtenden und dämonisierenden Gedanken zu vergiften, vehement begegnet werden.

Dazu wollen wir bürgerschaftliche Initiativen fördern und einen Fond schaffen, der mit finanziellen Mitteln den Widerstand gegen Rechts unterstützt.



DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ▶ Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung
- ▶ eine faire Asylpraxis, die auf Integration setzt und nicht von Abschiebung geprägt ist
- ▶ Chancengleichheit bei Bildung, Erziehung, Ausbildung und Arbeit
- ▶ individuelle verpflichtende Sprachförderung mit aller dafür notwendigen Unterstützung
- ▶ Konzepte für ein Zusammenleben in guter Nachbarschaft
- ▶ das Projekt SCHLAU (Schwul-lesbische Aufklärung) stärker fördern
- ▶ Arbeitsplätze ohne Diskriminierung als Kriterium für die Vergabe städtischer Mittel und Aufträge
- ▶ Schaffung der Stelle eines Integrationsbeauftragten